

**Auszug aus der Niederschrift
über die 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und
Gleichstellung am 20.10.2015**

Zu TOP :

**Alternativantrag zu TOP 9.10 „Stundenaufstockung der/des Ausländerbeauftragten“
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage: AN 0128/2015

Frau Ehlert teilt mit, dass es sich um einen verwiesenen Antrag aus der Bürgerschaft handelt.

Frau Kindler regt an, dass im Ausschuss der Alternativantrag behandelt werden sollte, da er der weitreichendere Antrag sei.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, den Alternativantrag zu behandeln.

Frau Hinrichs, Leiterin der Organisationsabteilung, erklärt, dass die Stelle der Behindertenbeauftragten und die der Ausländerbeauftragten auf einer Planstelle zusammengefasst sind. Sie erläutert die Entstehung der gemeinsamen Planstelle der Ausländer- und Behindertenbeauftragten mit derzeit 30 Wochenstunden.

Weiter weist Frau Hinrichs auf die gesetzlichen Grundlagen in der Kommunal-verfassung, in der Hauptsatzung der Hansestadt Stralsund und in der Allgemeinen Geschäftsanweisung der Verwaltung hin.

Frau Hinrichs macht Ausführungen zum derzeitigen Aufgabenbereich. Sie weist darauf hin, dass der Tätigkeitsbericht krankheitsbedingt noch aussteht.

Frau Hinrichs stellt klar, dass die Unterbringung der Asylbewerber in der Stadt auf dem Dänholm in der Gemeinschaftsunterkunft erfolgen würde. Betrieben wird die Unterkunft von den Maltesern und dem Landkreis Vorpommern-Rügen. Bisher von der Verwaltung in diesem Zusammenhang wahrgenommene Aufgaben – zum jetzigen Zeitpunkt würden von der Hansestadt noch 32 Plätze für die dezentrale Unterbringung betreut – werden ab dem 1. Januar 2016 ebenfalls vom Landkreis Vorpommern-Rügen wahrgenommen.

Frau Hinrichs beendet ihren Redebeitrag mit dem Hinweis, dass die Ausländer-beauftragte bisher nur eine geringe in Stralsund lebende Anzahl von Asylbewerbern betreuen musste und dementsprechend die Aufgaben der Ausländer- und Behindertenbeauftragten auf einer Stelle gebündelt wurden.

Frau Ehlert erkundigt sich, ob ein Ende der Erkrankung der jetzigen Ausländer-beauftragten in Sicht sei. Frau Hinrichs informiert die Anwesenden, dass diese in 14 Tagen wieder arbeitsfähig sein soll.

Auf Nachfrage von Frau Kindler bestätigt Frau Hinrichs, dass die Zusammenlegung der Stellen der Behinderten- und Ausländerbeauftragten 2003 erfolgte und dass ihr nicht bekannt sei, dass Frau Hertwig bald in den Ruhestand gehen würde.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach den Aufgaben der Ausländerbeauftragten bei einem Stundenumfang von 40 Wochenstunden. Frau Hinrichs fügt ihren anfänglichen Ausführungen ergänzend hinzu, dass die Ausländerbeauftragte eine Interessenvertreterin

der Ausländer beim Umgang mit den Behörden und Ansprechpartnerin für die Weiterleitung von Anliegen sein soll.

Auf Anmerkung von Frau Friesenhahn bestätigt Frau Hinrichs, dass bei der Diakonie eine solche Stelle angesiedelt ist und dass die Hansestadt Stralsund der Diakonie diesbezüglich zwei Arbeitsräume für Beratungstätigkeiten vermietet. Mit Hinweis auf den Aufgabenbereich der Migrationsbeauftragten in anderen Städten in Mecklenburg-Vorpommern erklärt Frau Hinrichs, dass die Aufgabenstellung der Ausländerbeauftragten im Interesse der ausländischen Mitbürger frei gestaltet werden könne.

Frau Dr. Carstensen verleiht ihrer Freude über die neue Website „Flüchtlinge in Stralsund“ auf der offiziellen Website der Hansestadt Ausdruck. Trotz Zuständigkeit des Landkreises und Beratungstätigkeiten der Diakonie empfindet sie es als sehr wichtig, dass die Hansestadt Stralsund ihre eigene Integrationsbeauftragte hat und diese auch bei der Verwaltung angesiedelt ist.

Frau Kindler weist darauf hin, dass die freien Träger lediglich bei den Behördengängen unterstützend tätig sind. Sie könnten nicht die eigentlichen Aufgaben einer Integrationsbeauftragten, die bei der Verwaltung der Hansestadt Stralsund angesiedelt ist, übernehmen. Frau Kindler gibt zu bedenken, dass die Flüchtlingszahlen steigen und dass dies zu einem sehr hohen Beratungsbedarf u. a. bei Vereinen und bei Einzelhändlern führen werde. Ihrer Ansicht nach ist es sehr wichtig, dass jemand die Koordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeiten übernimmt. Genau das würde auch die Ausländerbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen machen. Sie gibt auch zu bedenken, dass momentan allorts Spannungen in der Gesellschaft zu erleben sind und dass eine Integrationsbeauftragte dazu beitragen könne, diese Spannungen abzubauen, indem sie die Integration der Flüchtlinge vorantreibt und die Ängste in der Bevölkerung abbaut.

Frau Dr. Stahlberg äußert ihren Unmut, dass die Aufgaben der Behinderten- und Ausländerbeauftragten momentan aufgrund von Krankheit nicht erfüllt werden. Sie fragt nach der für die Position notwendigen Qualifizierungen im sprachlichen und kulturellen Bereich und macht auf die Notwendigkeit der Einrichtung von Mechanismen aufmerksam, um die jetzige Stelleninhaberin gesundheitlich zu stabilisieren, damit diese dem Arbeitsaufwand gerecht werden kann.

Frau Friesenhahn stellt zusammenfassend fest, dass die künftige Ausländerbeauftragte sowohl Ansprechpartnerin für die Ausländer als auch für die Stralsunder sein soll. Im Falle weiterer Fragen könne sie sich an den Landkreis wenden.

Frau Ehlert unterstreicht die Problematik des Flüchtlingsansturms und stellt noch einmal fest, dass es infolge des krankheitsbedingten Ausfalls von Frau Hertwig momentan keinen Ansprechpartner in der Hansestadt gibt. Ihrer Ansicht nach muss schnellstmöglich eine Vertretung für die Zeit von Frau Hertwigs Abwesenheit gefunden werden. Diese Person muss die Aktivitäten der freien Träger bündeln und Kontakt zum Landkreis aufnehmen.

Frau Hinrichs macht auf die Personalsituation in der Hansestadt Stralsund aufmerksam und erläutert, dass für kurzfristige krankheitsbedingte Ausfälle von Beschäftigten keine Vertretung vorgesehen ist. Es obliegt Herrn Albrecht, die Vertretung zu organisieren, da die Ausländerbeauftragte in seinem Zuständigkeitsbereich angesiedelt ist. Sie werde Herrn Albrecht diesbezüglich kontaktieren.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert erklärt Frau Hinrichs, dass es keine Deckungsquelle im Stellenplan gibt, die für die Stundenerhöhung zur Verfügung steht.

Frau Ehlert stellt die weitere Vorgehensweise zur Disposition.

Frau Kindler regt an, das Gespräch mit dem Innenministerium zu suchen. Sie verweist weiterhin auf den Haushalt 2016 für die Suche nach einer Deckungsquelle.

Auf Anregung von Herrn Lewing schlägt Frau Ehlert vor, den Antrag zwecks Prüfung auf Umsetzung an den OB zu verweisen, womit die Ausschussmitglieder einverstanden sind. Sie unterstreicht noch einmal die hohe Priorität und will als Ausschussvorsitzende um eine schnellstmögliche Antwort bitten. Sie regt an, die Situation in den Fraktionen noch einmal zu beraten.

Frau Kindler weist darauf hin, dass die einzelnen Fraktionen diesbezüglich Anträge für den Stellenplan des Haushaltes 2016 stellen können.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert signalisieren die Ausschussmitglieder ihr Einverständnis, dass der Antrag an den OB verwiesen wird. Sie legt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung vertagt wird.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 11.12.2015